

Gerhard Möller kandidiert zum Amt des Bürgermeisters

Die CDU hat ein großes Kommunalwahlprogramm

Gerhard Möller, 1950 in der kleinen katholischen Gemeinde Wittichenau geboren, verheiratet, zwei Kinder, kandidiert am 5. Dezember zum Amt des Bürgermeisters.

Nach dem Studium an der Humboldt Universität bekam er eine Arbeitsstelle im Beeskower Dauermilchwerk als Produktions- und Absatzleiter. Ab 1980 war G. Möller dann im Jugend- und Erholungszentrum in Wendisch Rietz als Einkaufsleiter beschäftigt.

1990 kandidierte er als Stadtverordneter und bekam von den CDU-Kandidaten die Stimmenmehrzahl. Seitdem ist G. Möller in der Stadtverwaltung tätig.

Seine Arbeitsbereiche dort sind Finanzen, Wirtschaft und Soziales. Der historische Umbruch der gesell-

schaftlichen Verhältnisse in der DDR 1989 und die anschließende Wiedervereinigung Deutschlands, an der die CDU maßgeblichen Anteil hatte, ermöglichte 1990 den demokratischen Neuanfang in Beeskow. Im Erkennen der vielen Probleme, die durch die völlige Umkehrung des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems auch auf Beeskow zukommen, hat die CDU Beeskow nach den Kommunalwahlen 1990 eine möglichst breite Koalition angestrebt, zu der sich SPD, CDU, Bürgerforum Beeskow und SPD zusammenfanden.

Der sichtbarste Ausdruck dieser Koalition ergab sich in der Besetzung und Aufgabenverteilung der Stadtverwaltung. Hier übernahm Gerhard Möller die Verantwortung für die wichtigen Bereiche Finanzen, Wirt-

schaft und Soziales.

Jetzt im Rückblick kann man sagen, daß die Stadt Beeskow gerade auf diesen Gebieten gute Ergebnisse vorweisen kann.

Ein ausgeglichener Haushalt, Schaffung von optimalen Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen im Gewerbepark "Charlottenhof" und die schnelle, aber trotzdem behutsame Strukturveränderung der Kinderbetreuungseinrichtungen in den Jahren 1991/92.

Der Stadt Beeskow wurde mit dem historischen Stadtkern etc. ein unschätzbare Gut in die Hand gegeben, für dessen Erhalt und Förderung die CDU Beeskow eintritt.

Die CDU Beeskow setzt sich dafür ein, daß das historische Antlitz unserer Stadt erhalten und verbessert wird, ohne das es zu einer Überforderung der Bürger kommt. Dies setzt allerdings einen verantwortungsvollen Umgang mit Bundes- und Landesfördermitteln voraus.

Dem Wohnungsbau muß in Beeskow ein höherer kommunaler Stellenwert zukommen. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß durch die ausreichende Ausweisung von Bauland preiswerte Baugrundstücke für den privaten Wohnungsbau bereitgestellt werden können.

Bei der Landesregierung setzt sich die CDU Beeskow dafür ein, daß gerade im Sozialwohnungsbau mehr passiert.

Wenn man davon ausgeht, daß alle kommunalen Leistungen und Projekte heute und in Zukunft nur dann umgesetzt werden können, wenn ihre finanzielle Absicherung gegeben ist, räumt die CDU Beeskow der Finanzpolitik oberste Priorität ein.

In den nächsten Jahren ist bei den

Ausgaben die Beschränkung das Allernotwendigste. Alle Ausgaben sind ständig im Hinblick auf ihre Erfordernisse zu prüfen.

Vordringliche Aufgaben der CDU im Wirtschaftsförderungsbereich sind die Sicherung optimaler Rahmenbedingungen für die Beeskower Unternehmen.

Dabei steht im Vordergrund, die Bereitstellung qualitativ gut erschlossener Gewerbeflächen in ausreichender Größe und zu einem angemessenen Preis, so wie es bereits im Beeskower "Charlottenhof" möglich war. Desweiteren will die CDU auch, trotz der unstablen Wirtschaftssituation, keine Erhöhung der Gewerbesteuer vornehmen.

Weiterhin bleibt auch die "Bestandspflege" bestehender Unternehmen eine wichtige kommunale Aufgabe. Hier sieht die CDU in einer engen Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsförderverein Oder-Spree und dem Verein der mittelständischen Unternehmen Beeskows die effektivste Form der Bestandspflege.

Auch zum Thema Verkehr gibt es bei der CDU konkrete Vorstellungen. Beeskows Innenstadt wird von den Bundesstraßen B87 und B246 durchquert.

Diese Situation, verbunden mit dem ständig steigenden Verkehrsaufkommen, belastet die Innenstadt in unvertretbarer Weise.

Eine generelle Verbesserung dieser Situation ist nur durch eine Ortsumgehung vertretbar.

Nach Auffassung der CDU, ist in den vergangenen Jahren bereits unnötiger und unvertretbarer Zeitverzöger eingetreten, was die Änderung der innerstädtischen Verkehrsführung betrifft.